

Impulspapier

Das „gemeinsame Wir“ in ländlichen Räumen

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt
vor Ort miteinander weiterbauen



Land.Zuhause.Zukunft.

Inhalt

- 03 Einleitung**
- 04 Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Migration**
- 04 Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Demokratie und Teilhabe
- 05 Migration als verunsicherndes Momentum
- 06 Zusammenhalt als Beziehungsarbeit
- 07 Baustellen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts**
- 08 Klare Haltung: Demokratie, Menschenrechte und Beteiligung als Grundlage gemeinsamen Handelns
- 10 Gerechte Strukturen: Teilhabe und soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für Zusammenhalt
- 12 Aktive Kommunikation: politische Spitzen als Advokat:innen des Zusammenhalts
- 14 Positive Effekte: Potenziale von Migration für die Region erschließen
- 16 Ehrliche Analysen: Problemursachen benennen, Debatten entmigrantisieren
- 18 Bedarfsgerechte Mobilität: Zugänge aus- und Hürden abbauen
- 20 Starke Beziehungen: Kontakte und Austausch fördern
- 22 Wie weiter?**
- 24 Literatur**
- 26 Impressum**



Einleitung



Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist in aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatten ein viel genutzter Begriff und wird als „Grundlage für das Miteinander in einem offenen, demokratisch verfassten Staat“¹ beschworen. Gleichzeitig scheint er in vermeintlich immer polarisierteren Gesellschaften unter Druck zu geraten. Dieser Druck wird von vielen Akteur:innen zumindest teilweise Migrationsprozessen zugeschrieben – einige gehen sogar so weit, Migration als „Mutter aller Probleme“ (Horst Seehofer) zu stilisieren. Die (vermuteten) Beziehungen zwischen Migration, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Demokratie bleiben dabei allerdings oft diffus. Ohne ein klares Verständnis dieser Beziehungen können jedoch keine passgenauen politischen Maßnahmen zur Stärkung des Zusammenhalts ergriffen werden. Dieses Diskussionspapier unternimmt daher den Versuch, eine erste Orientierung in der Debatte zu bieten und konkrete ‚Baustellen‘ der Weiterarbeit aufzuzeigen.

‚Baustellen‘ sind es deshalb, weil die Zusammenhänge zwischen Zusammenhalt, Vielfalt und politischer Stabilität noch nicht in der Tiefe erforscht sind, wie es erforderlich wäre, um konkrete Handlungsempfehlungen geben zu können. Daher haben wir stattdessen sieben Bereiche identifiziert, die Zusammenhalt unzweifelhaft beeinflussen und an deren Ausgestaltung wir gemeinsam weiterdenken müssen. Das ‚Wir‘ meint hier sowohl Forschung als auch Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und private Akteur:innen, kurz: der komplette Sachverstand zur Integration in ländlichen Räumen. Die ‚Baustellen‘ sind unterschiedlich weit gediehen und müssen gemeinsam ‚weitergebaut‘ werden, um konkrete Lösungsansätze zu entwickeln. Die genaue Vorgehensweise muss dabei immer auch an die lokalen Gegebenheiten angepasst sein. Das Impulspapier gibt daher zunächst einen Überblick über die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt, Migration und politischer Stabilität und formuliert anschließend ‚Baustellen‘, die sowohl bereits etablierte Empfehlungen als auch Fragen für den gemeinsamen ‚Weiterbau‘ umfassen.

Auch wenn mit den ‚Baustellen‘ grundsätzlich alle Menschen und institutionellen Akteur:innen in ländlichen Räumen angesprochen sind, liegt ein Schwerpunkt auf politischen Entscheidungsträger:innen. Sie können gerade in ländlichen Räumen aufgrund ihrer herausgehobenen Position einen besonderen Einfluss auf Rahmenbedingungen und Diskurse ausüben. Ebenso ist die (lokale) Verwaltung besonders angesprochen, da sie für die Umsetzung der allgemeingültigen Regeln zuständig ist.

Die meisten Gedanken in diesem Impulspapier stammen aus dem Programm Land.Zuhause.Zukunft. Das Programm wird gemeinsam von der Robert Bosch Stiftung und der Universität Hildesheim² umgesetzt. In drei Programmphasen zwischen 2018 und 2024 wurden insgesamt 22 ausgewählte Landkreise darin unterstützt, Lösungen für ihre Integrationsarbeit zu entwickeln und sich untereinander zu vernetzen. Gleichzeitig bereiteten wir konkrete Aspekte der Integrationsarbeit in ländlichen Räumen in Kurz-Expertisen auf. Die Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Programm bilden die Grundlage für die hier formulierten ‚Baustellen‘.

Der Fokus des Papiers liegt auf dem Zusammenspiel von Migration und Zusammenhalt in ländlichen Räumen. Dennoch ist es wichtig, festzustellen, dass Migration nur eines von vielen Feldern darstellt, in denen gesellschaftlicher Zusammenhalt verhandelt wird. Zugespitzt: Migrationspolitik oder lokale Integrationsarbeit werden den Zusammenhalt vor Ort nicht alleine retten. Dazu bedarf es Anstrengungen in vielen Bereichen und auf vielen Ebenen.

1 <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/gesellschaftlicher-zusammenhalt-node.html>

2 In der Pilotphase (2017-2019) wurde das Programm von der Robert Bosch Stiftung allein umgesetzt, seit Ende 2019 in Kooperation mit der Universität Hildesheim.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Migration

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Demokratie und Teilhabe

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist das Fundament eines offenen Miteinanders, in dem man einander in den Grundwerten unseres Grundgesetzes vertraut. Es ist für uns immens wichtig, dass es Menschen gibt, die daran glauben und dafür wirken, dass eine vielfältige und diverse Gesellschaft täglich gelebt wird und Räume geschaffen werden, wo wir uns begegnen und zusammenwachsen können. Das stärkt unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. [...] Alle müssen sich einbringen können, um unseren Zusammenhalt zu stärken.“

Latif Hamamiyeh Al-Homssi,
Integrationsbeauftragter,
Landkreis Waldeck-Frankenberg

Laut der politischen Kulturforschung ist gesellschaftlicher Zusammenhalt einerseits die Bedingung für ein funktionierendes politisches und wirtschaftliches System: Ohne das Gefühl der meisten Mitglieder einer Gesellschaft, ‚in einem Boot‘ zu sitzen, lässt sich keine breit akzeptierte Regierung bestimmen, kein Steuer- und Sozialsystem aufbauen (siehe auch Boehnke et al. 2024; Pickel/Pickel 2021: 117f.). Andererseits ist gesellschaftlicher Zusammenhalt auch das Ergebnis eines funktionierenden Systems: Nur wenn es gelingt, dass alle an gesellschaftlichen Systemen und verfügbaren Ressourcen teilhaben, werden sie sich als Teil der Gesellschaft verstehen. Individuelle Teilhabe ist also elementar wichtig für Zusammenhalt.

Eng mit Teilhabechancen in Verbindung steht die Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit, denn ohne das Gefühl, dass es in einer Gesellschaft gerecht zugeht (Forst 2020: 51), kann es keinen Zusammenhalt geben (siehe Neiddebatten).

Ist Teilhabe für einen Großteil der Bevölkerung gegeben, können sich geteilte Selbstverständlichkeiten entwickeln, die wir im Alltag gar nicht mehr hinterfragen. Dazu gehört beispielsweise der gesellschaftliche Konsens, dass Demokratie die beste Regierungsform sei. Wenn solche Selbstverständlichkeiten anfangen brüchig zu werden, weist das darauf hin, dass ein signifikanter Anteil der Bevölkerung mit seinen Teilhabemöglichkeiten nicht mehr zufrieden ist. Das kann einerseits den Output des Systems betreffen, also fehlende Wohnungen, Arbeitsplätze oder den Zugang zu Gesundheitsversorgung. Die Unzufriedenheit kann sich aber auch auf den Input beziehen – beispielsweise, wenn Menschen mit ihren Wahlmöglichkeiten, also der Parteienlandschaft, unzufrieden sind. In der Summe kann das dazu führen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt (vorübergehend) in eine Krise gerät.

Migration als verunsicherndes Momentum

Diese Zusammenhänge zwischen Teilhabe, Zusammenhalt und politischer Stabilität haben zunächst nichts mit Migration zu tun. Trotzdem scheint der gesellschaftliche Zusammenhalt durch Migration besonders unter Druck zu stehen. Warum?

Wenn Menschen zuwandern, wollen auch sie teilhaben, erfüllen aber möglicherweise nicht sofort die jeweils vorgesehenen Voraussetzungen (z. B. Berufsabschlüsse, Sprache) (siehe auch Bartelheimer/Kädtler 2012; Phillimore 2021). Um ihnen Teilhabe zu ermöglichen, gibt es zwei Strategien: die Menschen an den bestehenden Rahmen anpassen (z. B. durch Sprachkurse) oder den Rahmen für die Menschen verändern (z. B. durch Anerkennung ausländischer Abschlüsse). Im ersten Fall müssen Ressourcen investiert werden, was die Besorgnis hervorrufen kann, dass anderen Mitgliedern der Gesellschaft etwas weggenommen wird. Im zweiten Fall verändern sich Rahmenbedingungen, die vorher als selbstverständlich angesehen wurden. Beides kann die geteilten Selbstverständlichkeiten einer Gesellschaft in Frage stellen. Das kann – teils irrationale – Sorgen hervorrufen („Sprechen wir bald kein Deutsch mehr?“). Vom Staat erwartet die Aufnahmegesellschaft daher unter dem Eindruck von Migration, dass er die bestehenden Teilhabemöglichkeiten schützt. Wenn die Erwartung der eigenen Teilhabe aber schon ohne Migration enttäuscht wurde, wie beispielsweise in vielen strukturschwachen Regionen, ist das Zutrauen in die Problemlösung des politischen Systems gering. Das Vertrauen in den verfassten Zusammenhalt der Gesellschaft schwindet.

Es ist vor diesem Hintergrund kein Wunder, wenn populistische, systemkritische Parteien Zulauf erhalten, die neben der Spaltung zwischen ‚denen da oben‘ und ‚uns hier unten‘ auch eine vermeintliche Unvereinbarkeit von Menschen verschiedener Herkunft behaupten. Derartige Narrative schwächen das ‚gemeinsame Wir‘ und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn etablierte politische Akteur:innen darauf mit einer zunehmend restriktiven Haltung reagieren und z. B. Abschiebungen fordern (vgl. Schäfer 2024), bestätigen sie den vermeintlichen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Knappheiten wie fehlenden Kita- oder Schulplätzen oder Terminen bei Ärzt:innen. Schuld an diesen Knappheiten scheinen dann Migrant:innen zu sein und die Reduktion von Migration wird als Lösung propagiert.

Ein Bekenntnis zu den Grundwerten der Demokratie kann jedoch einen Beitrag zum Zusammenhalt moderner, pluraler Gesellschaften leisten (Pickel/Pickel 2021: 117). Demokratie beinhaltet Grundwerte wie die Gleichwertigkeit aller Mitglieder des Gemeinwesens – in ihrer Diversität – sowie Rechte wie die Möglichkeit aller, mitzubestimmen und teilzuhaben. Zusammenhalt ist aus dieser Perspektive letztlich über die (nicht mehr hinterfragte) grundsätzliche Zustimmung zu gesellschaftlicher Pluralität und den Werten einer freiheitlichen Demokratie zu erreichen.

„Unsere derzeitige Situation ist das Resultat unserer gemeinsamen Arbeit der letzten Jahre und leider zeigt sie, dass wir unsere sozialen Werte nicht so stabil vertreten und leben, wie wir es immer beworben haben. Als Gesellschaft müssen wir stark sein und zusammenhalten [...]. Unsere Werte sollten nicht wie ein Segelboot sein, das sich ändert, wenn der Wind stark bläst.“

Zohre Esmaeli, Geschäftsführerin der Zohre Esmaeli Foundation und Experte des Programms Land.Zuhause.Zukunft

Demokratie steht auch für eine Streitkultur, in der auf der Basis universeller Menschenrechte und der genannten Prinzipien verschiedene Positionen miteinander abgewogen werden. Hierfür braucht es eine Offenheit aller Mitglieder gegenüber anderen Positionen und eine Bereitschaft, in den Dialog zu treten und gemeinsame Lösungen zu suchen.³

³ Personen mit einem geschlossenen rechten oder anderweitig extremistischen Weltbild sind für Debatten über den Zusammenhalt in einer (migrationsbedingt) heterogenen Gesellschaft nicht erreichbar, so dass vor Ort ein Dialog mit ihnen verunmöglicht wird.

Zusammenhalt als Beziehungsarbeit

Gemeinsam ist verschiedenen Perspektiven auf Zusammenhalt, dass der Begriff auf die Beziehungen der Gesellschaftsmitglieder zueinander abstellt, „auf Beziehungen und Bindungen, Verständnis und Verständigung, Respekt und Anerkennung und damit auf soziale Qualitäten, die sich nicht unmittelbar politisch generieren oder manipulieren lassen“ (Deitelhoff et al. 2020: 11). Dennoch hat politisches Handeln einen großen Einfluss auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Diskurse und somit (indirekt) auch auf Zusammenhalt. Zudem können Politik und Verwaltung Kontakte und Austausch fördern:

„Durch regelmäßige Vernetzungstreffen von Haupt- und Ehrenamtlichen fördern wir den Wissenstransfer, stärken das demokratische Bewusstsein und ermutigen Menschen, aktiv an der Gestaltung ihres Arbeits- oder Lebensumfelds mitzuwirken. Besonders in ländlichen Regionen ist es entscheidend, Menschen zusammenzubringen und institutionsübergreifender zu planen sowie zu agieren. [...] Unser Ziel ist es, eine inklusive Gemeinschaft zu schaffen, in der alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen teilhaben können.“

Theresa Habich-Lerch, WIR-Koordinatorin,
Landkreis Waldeck-Frankenberg

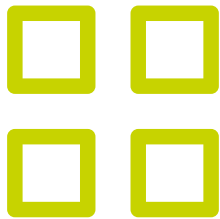
Mit Blick auf Beziehungen kann Zusammenhalt als solidarisches Handeln gesehen oder Solidarität als ein Baustein von Zusammenhalt verstanden werden (vgl. Boehnke et al. 2024). Wenn alle Mitglieder einer Gesellschaft die Wahrnehmung teilen, dass es Herausforderungen gibt, die alle betreffen (Kneuer et al. 2022; Sangiovanni 2015), empfinden sie sich als Schicksalsgemeinschaft, helfen einander und halten zusammen. Gerade ländliche Räume sind oft durch eine aktive Zivilgesellschaft geprägt, in der sich diese solidarische Haltung widerspiegelt und die auch im Kontext Migration wirksam wird.

„Ländliche Kommunen sind getragen von Ehrenamt. Viele Angebote, für die es in urbanen Regionen professionelle Anbieter gibt, existieren im ländlichen Raum nur, wenn ein ehrenamtliches Engagement dieses trägt. Dieser gesellschaftliche Zusammenhalt stärkt und fördert die Menschen in unseren Dörfern und Kleinstädten. Dieses ‚sich für andere einsetzen‘ lässt auch Integration gelingen und sorgt damit auch für einen Abbau von Vorurteilen. Dieser gesellschaftliche Zusammenhalt ermöglicht es, dass die Einheimischen sich trotz aller Bedenken öffnen und bereit sind, mit Zeit, Erfahrungen oder angebotenem Wohnraum Neuzugewanderte in ihren Dörfern und Kleinstädten willkommen zu heißen und ihnen die Möglichkeit der Integration geben.“

Andre Teumer-Weißborn,
Fachbereich 50 – Sozialverwaltung,
Stabstelle Wohnraumakquise und Unterbringung
von Geflüchteten, Schwalm-Eder-Kreis

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass gleiche Rechte und Teilhabemöglichkeiten, stabile soziale Beziehungen sowie Erzählungen über den gesellschaftlichen Zusammenhalt letzteren stärken (Forst 2020: 43). Im Umkehrschluss gefährden ungleiche Rechte und Teilhabemöglichkeiten, die Kappung sozialer Beziehungen und Narrative eines bedrohten gesellschaftlichen Zusammenhalts ebendieses. Gesellschaftlicher Zusammenhalt muss unabhängig von Migrationsprozessen immer wieder aufs Neue hergestellt werden, da sich auch die Gesellschaft kontinuierlich verändert. Gleichzeitig erfordert eine durch Migration zunehmende Vielfalt Anstrengungen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten oder zu festigen.

Baustellen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts



Basierend auf diesen Überlegungen zu den Zusammenhängen zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt, Migration und politischer Stabilität formulieren wir im Folgenden sieben ‚Baustellen‘, die sich v. a. an lokale Verwaltungen und politische Entscheidungsträger:innen richten. Sie umfassen als ‚Grundmauern‘ die Empfehlungen, die bereits als etabliert gelten können. Da diese Empfehlungen jedoch lokal umgesetzt und dabei an die konkreten Gegebenheiten vor Ort angepasst werden müssen, werden auch Fragen für den gemeinsamen ‚Weiterbau‘ formuliert.

Wie eingangs erwähnt basieren die hier aufgeführten ‚Baustellen‘ auf den Kurz-Expertisen und praktischen Erfahrungen des Programms Land.Zuhause.Zukunft. Auch wenn jede ‚Baustelle‘ Erfahrungen aus verschiedenen Kurz-Expertisen und Landkreisen enthält, erläutern wir exemplarisch anhand einzelner Aspekte, wie aus den – vorwiegend auf Teilhabefragen fokussierenden – Ergebnissen Rückschlüsse auf Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gezogen werden können. Darüber hinaus haben wir bei jeder ‚Baustelle‘ vermerkt, wo die ursprünglichen Empfehlungen nachgelesen werden können und in welchem thematischen Kontext sie entstanden sind.

Das Programm konzentriert sich auf die Integration in ländlichen Räumen. Folglich fokussieren auch die ‚Baustellen‘ auf die Herstellung von gesellschaftlichem Zusammenhalt in ländlichen Räumen, auch wenn einige Aspekte ebenfalls für städtische Räume relevant sein können.

Klare Haltung: Demokratie, Menschenrechte und Beteiligung als Grundlage gemeinsamen Handelns

Die Versprechen der Demokratie – alle Menschen sind frei, haben gleiche Rechte und dürfen sich an der Entscheidungsfindung für allgemeingültige Regeln beteiligen – müssen vor Ort eingelöst und gelebt werden. Ausländische Personen, v. a. aus Nicht-EU-Staaten, haben jedoch in Deutschland kein Wahlrecht, auch nicht auf der kommunalen Ebene. Dementsprechend müssen sich Kommunen Gedanken machen, wie Mitgestaltung ermöglicht werden kann. In unserer Kurz-Expertise [„Kommunale Beteiligung von Zugewanderten in ländlichen Räumen. Mitmachen, Mitgestalten, Mitbestimmen?!“](#) (Gluns et al. 2021) haben wir uns daher damit beschäftigt, wie Beteiligung von Migrant:innen vor Ort gestärkt werden kann. Eine Herausforderung in ländlichen Räumen ist dabei, dass es im Gegensatz zu Städten seltener Interessenvertretungen in Form von Migrant:innenorganisationen (MO) sowie formelle Mitbestimmungsgremien in Form von Beiräten gibt. Das liegt u. a. daran, dass die Communities einzelner Gruppen von Migrant:innen in ländlichen Räumen kleiner sind (Ohliger/Schweiger 2019a: 2) und die zu überbrückenden räumlichen Distanzen größer (Ohliger/Veyhl 2019: 8). Im Zuge einer zunehmend pluralen Gesellschaft in ländlichen Räumen wird es aber immer wichtiger, auch für zugewanderte Menschen demokratische Mitbestimmungsrechte umzusetzen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Gerade auf Landkreisebene sollten Beiräte eingerichtet und die Gründung von MOs zum Beispiel durch Weiterbildungen, Unterstützung bei der Einwerbung von Drittmitteln oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten gefördert werden. Zudem können auch informelle Initiativen die Partizipation von Migrant:innen stärken.

Neben dem formellen Wahlrecht bestehen Mitgestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene auch in direkten Beteiligungsmaßnahmen, die die Verwaltung für verschiedene Themen durchführt. Diese stehen in der Regel allen Bürger:innen – also auch Migrant:innen – offen. Zugewanderte Menschen fühlen sich aber oft nicht angesprochen. Hier kann eine Ansprache über Multiplikator:innen wie Beratungsstellen, Ehrenamtsinitiativen oder (wenn vorhanden) MOs dazu beitragen, verschiedene Migrant:innen-Gruppen zu erreichen. Die Beteiligungsformate müssen zudem ebenso wie eingerichtete Beiräte in der Lage sein, tatsächlich Veränderungen zu bewirken. Dies gelingt am ehesten, wenn Beiräte in vorhandene Strukturen wie das Ausschusswesen des Kreistags eingebettet sind und über Haushaltsmittel (mit)entscheiden dürfen. Die Wirkung von Austauschrunden und anderen Beteiligungsformaten kann durch die Teilnahme politischer Entscheidungsträger:innen erhöht werden (Gluns et al. 2021: 25 – 27). Darüber hinaus können z. B. Landrät:innen oder Bürgermeister:innen durch eigene Sprechstunden ihre Ansprechbarkeit signalisieren und in den direkten Austausch mit Bürger:innen gehen. Damit wird auch der Behauptung abgehobener politischer Eliten vorgebeugt.


Ein weiterer Punkt zur Aufrechterhaltung oder Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens betrifft die Wahrung allgemeiner Grund- und Menschenrechte. In ländlichen Räumen sind soziale Netzwerke oft enger als in Städten und Personen sind schnell weithin bekannt. Damit sind neben migrantisierten Menschen auch zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die sich für Migrant:innen einsetzen, sehr exponiert. Wenn Anfeindungen und sogar Bedrohungen gegenüber diesen Personen zunehmen⁴, braucht es ein entschlossenes Handeln aller demokratischen Kräfte und ein Bekenntnis für die Grund- und Menschenrechte. Sie sind nicht nur wichtig für das Leben und die Sicherheit der betroffenen Personen, sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Ein solches Einstehen für die Menschenrechte gelingt am besten gemeinsam mit anderen Akteur:innen – je mehr Menschen und Institutionen zusammenstehen, desto weniger Angst müssen einzelne Personen haben, aufgrund ihrer Identität, Haltung oder Position angegriffen zu werden. Politische Entscheidungsträger:innen können bei der Bildung strategischer Allianzen für die Menschenrechte eine zentrale Rolle einnehmen.


4 Siehe hierzu auch die Ergebnisse des Projekts „Demokratie beginnt vor Ort“ der Körber-Stiftung (forsa 2024).


Gerade in ländlichen Räumen übernehmen sie oft weitere Funktionen, beispielsweise Führungsrollen in der lokalen Zivilgesellschaft. Durch diese mehrfache Sichtbarkeit, ihre Netzwerke und den damit verbundenen Einfluss ist ihre Positionierung zentral für den lokalen gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Mehr dazu in den Kurz-Expertisen:

 „Kommunale Beteiligung von Zugewanderten in ländlichen Räumen. Mitmachen, Mitgestalten, Mitbestimmen?!“

 „Mitwirkung, Mitgliedschaft, Bindung: Zugänge für Neuzuwanderer in die (ländliche) Zivilgesellschaft“

 „Kommunale Integrationspolitik: Zusammenarbeit von Landkreisen und angehörigen Gemeinden sowie Städten stärken“

... und im Opinion Paper:

 „Integrationskursangebote in ländlichen Räumen stärken: Differenzierte Angebote ermöglichen – Flexibilität erhöhen“

Grundmauern:

Lokale Verwaltung

- Beteiligungsmaßnahmen diversitätssensibel planen
- MO-Gründungen durch Beratung, Infrastruktur oder Weiterbildungen fördern
- Beiräte einrichten, die tatsächliche Mitbestimmungsbefugnisse (nicht nur in migrationsbezogenen Themen) haben

Politische Entscheidungsträger:innen

- An Austauschrunden und anderen Beteiligungsformaten teilnehmen und Impulse daraus für die eigene Arbeit aufgreifen
- Allianzen schmieden, um Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen

Fragen für den gemeinsamen Weiterbau:

Lokale Verwaltung

- Wie kann ich die Gruppen, die von einer Maßnahme betroffen sind, im Vorfeld bestmöglich einbeziehen?
- Welche Multiplikator:innen können Brücken zu Personen bilden, zu denen bisher kein Kontakt besteht?
- Wie können zivilgesellschaftliche und politische Akteur:innen, die für Vielfalt eintreten, sowie migrantisierte Personen bestmöglich vor Anfeindungen und Angriffen geschützt werden?

Politische Entscheidungsträger:innen

- In welchen Beteiligungsformaten kann ich Kontakt zu Gruppen aufbauen, mit denen ich bisher wenige Berührungspunkte habe?
- Wie kann ich meine Haltung zu Demokratie und Menschenrechten sichtbar machen und ihr zu Wirkung verhelfen?
- Welche konkreten lokalen Akteur:innen kann ich einbinden, um Menschenrechte und Demokratie vor Ort gemeinsam zu verteidigen und zu stärken?

Gerechte Strukturen: Teilhabe und soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für Zusammenhalt

Wie eingangs beschrieben, sind gleiche Teilhabemöglichkeiten und soziale Gerechtigkeit Bestandteile des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dazu gehört beispielsweise der Zugang zu adäquatem Wohnraum oder zum Arbeitsmarkt. In Bezug auf Teilhabe sind nicht nur Menschen mit Migrationsgeschichte von Benachteiligungen betroffen, so dass sie in einem breiteren Kontext erreicht werden muss – ‚gleichwertige Lebensverhältnisse‘ dürfen keine leere Floskel sein. So wurde z. B. im Landkreis Dachau im Rahmen von Land.Zuhause.Zukunft ein Netzwerk gegründet, um die Vermietung von leerstehendem Wohnraum an Menschen mit erschwertem Zugang zum Wohnungsmarkt zu fördern. Migrant:innen machen hier nur einen Teil der Zielgruppe aus, da es daneben weitere Personengruppen gibt, die beim Zugang zu Wohnraum benachteiligt sind.

Dennoch gibt es migrationsspezifische Aspekte, die es in Teilhabefragen zu berücksichtigen gilt. So bestehen teilweise migrationsspezifische Biographien, die nicht immer zum Wohnungsangebot in ländlichen Räumen passen, wenn beispielsweise häufige Wohnortwechsel auf eine hohe Quote an Wohneigentum treffen. Lokale Akteur:innen können helfen, diese Hürden abzubauen, indem z. B. Gemeinden mit höheren Leerständen als Wohnstandorte attraktiver gemacht werden, Wohnungstausch gefördert oder verstärkt in sozialen (Miet-)Wohnungsbau investiert wird. Eine ‚Fachstelle Wohnen‘ in der Kommunalverwaltung kann helfen, unterschiedliche lokal bestehende Zugangshürden in den Blick zu nehmen und sie in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteur:innen abzubauen (Weidinger/Kordel 2023).



Gerade für Menschen mit nicht-deutscher Erstsprache bestehen darüber hinaus diverse Hürden im Zugang zum gesellschaftlichen Leben und zu Teilhabebereichen wie Bildungsangeboten oder dem Arbeitsmarkt. Eine Maßnahme zur Linderung dieser Hürden stellt der Erwerb der deutschen Sprache dar. Hier bestehen in ländlichen Räumen jedoch häufig besondere Hürden, da z. B. die Verfügbarkeit von Sprachkursen für bestimmte Gruppen (wie Frauen mit kleinen Kindern oder Jugendliche) oft eingeschränkt und die Erreichbarkeit von Kursen abhängig von individueller Mobilität ist (siehe hierzu auch die letzte ‚Baustelle‘ zu Mobilität). Um weitere Kurse anzubieten, werden zusätzliche Ressourcen benötigt – beispielsweise kann das BAMF die Mindestteilnehmendenzahl für spezifische Kurse in ländlichen Räumen weiter senken oder die Kommune kann Drittmittel für ergänzende Angebote einwerben (Ohliger/Schweiger 2019a: 11).

Im Kontext einer zunehmenden auch sprachlichen Heterogenität in ländlichen Räumen ist es neben der Förderung des Deutschspracherwerbs wichtig, Informationen transparent in unterschiedlichen Sprachen zu kommunizieren. Das Erfordernis mehrsprachiger Kommunikation wurde in mehreren Kurz-Expertisen thematisiert, u. a. zu Vielfalt von Zuwanderung (Kordel/Weidinger 2020); sowie zur Beteiligung von Zugewanderten (Gluns et al. 2021). Dies gilt für alle Akteur:innen vor Ort, insbesondere aber auch für die öffentliche Verwaltung und Zivilgesellschaft. Auch die digitale Bereitstellung von Informationen kann helfen, sprachliche Hürden abzubauen, da digitale Übersetzungstools so leichter genutzt werden können. So kann der Abbau sprachlicher Barrieren Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten stärken und damit Zusammenhalt fördern.

Doch auch in Bezug auf Arbeitgeber:innen können und sollten sprachliche Strukturen überdacht werden. Bislang werden Deutschkenntnisse meist als Zugangsvoraussetzung gedacht, obwohl die Forschung zeigt, dass Sprache einfacher anwendungsbezogen erlernt wird. Daher lohnt es sich, neue Wege zu gehen und zu schauen, wie beispielsweise Spracherwerb und Ausbildung verknüpft werden können. Dies wird vor dem Hintergrund eines zunehmenden Fachkräftemangels gerade in ländlichen Räumen immer wichtiger – gleichzeitig können die alltäglichen Kontakte, die durch eine Teilhabe am Arbeitsmarkt entstehen, ein weiterer Baustein für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sein (Althoff et al. 2023).

Darüber hinaus sind viele Migrant:innen – bzw. als migrantisch wahrgenommene Menschen – von Diskriminierung betroffen. Dies kann ihren Zugang zu Ressourcen wie Wohnraum oder Arbeitsplätzen, aber auch zu sozialen Beziehungen, beeinträchtigen. Diskriminierung und Vorbehalte abzubauen ist eine langwierige Aufgabe, die Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen bedarf. Projekte zur Aufdeckung diskriminierender Einstellungen und Strukturen sind ein erster Schritt, um darauf aufbauend passgenaue Maßnahmen entwickeln zu können. Neben strukturellen Reformen zum Abbau institutioneller Diskriminierung kommen hier auch Aufklärungskampagnen für unterschiedliche Zielgruppen (z. B. Vermieter:innen oder Arbeitgeber:innen), Kommunikationsmaßnahmen und Begegnungsformate in Betracht, um Vorbehalte ab- und Kontakte aufzubauen.

Mehr dazu in den Kurz-Expertisen:



„Anwerben, Qualifizieren, Halten. Handlungsspielräume lokaler Akteur:innen für die Fachkräftesicherung in ländlichen Räumen“



„Arbeit ist nicht alles – Lokale Integration von EU-Migrant:innen vielfältig gestalten“



„Kommunale Beteiligung von Zugewanderten in ländlichen Räumen. Mitmachen, Mitgestalten, Mitbestimmen?!“



„Wechselwirkungen, Steuerungsmaßnahmen und Handlungsempfehlungen: Vielfalt von Zuwanderung und Entwicklung ländlicher Räume“

... und im Opinion Paper:



„Integrationskurseangebote in ländlichen Räumen stärken: Differenzierte Angebote ermöglichen – Flexibilität erhöhen“

Grundmauern:

Lokale Verwaltung

- Mehrsprachige Kommunikation – auch unter Nutzung digitaler Tools – ausbauen
- Gemeinsam mit Arbeitgeber:innen Ideen entwickeln, um parallele Arbeitsaufnahme und Erwerb deutscher Sprachkenntnisse zu ermöglichen
- Kampagnen gegen Diskriminierung und für Begegnung umsetzen

Politische Entscheidungsträger:innen

- Fachstelle Wohnen für den Abbau von Zugangshürden am Wohnungsmarkt etablieren
- Politische Maßnahmen und Verwaltungsstrukturen auf ihre Effekte für verschiedene Personengruppen und mögliche Diskriminierungen prüfen

Fragen für den gemeinsamen Weiterbau:

Lokale Verwaltung

- Wie können wir Informationen (z. B. über Unterstützungsmöglichkeiten) so verbreiten, dass sie alle relevanten Personengruppen erreichen?
- Welche Personengruppen müssen in besonderem Maße in Kontakt gebracht werden, um Vorbehalte gezielt abzubauen?
- Wo sind auch innerhalb der Verwaltung diskriminierende Strukturen und Einstellungen vorhanden und wie können sie abgebaut werden?

Politische Entscheidungsträger:innen

- Wie können wir migrationsspezifische Teilhabebarrrieren bei uns vor Ort beheben oder zumindest reduzieren?
- Wie können wir bedarfsgerechte Sprachkurse sicherstellen bzw. Ressourcen dafür akquirieren?
- Wo und wie kann ich Signale gegen Diskriminierung setzen?

Aktive Kommunikation: politische Spitzen als Advokat:innen des Zusammenhalts

Damit eine demokratische Gesellschaft funktionieren kann, bedarf es Erzählungen von „sozialer Integration und Kooperation“, welche Gefühle des Zusammenhalts stärken (Forst 2020: 50-51). Migration wurde lange Zeit als städtisches Phänomen wahrgenommen und ist kein selbstverständlicher Bestandteil in der Selbstbeschreibung vieler ländlicher Räume. Die Kurz-Expertise [„Wechselwirkungen, Steuerungsmaßnahmen und Handlungsempfehlungen: Vielfalt von Zuwanderung und Entwicklung ländlicher Räume“](#) (Kordel/Weidinger 2020) verdeutlicht jedoch, dass auch „ländliche Räume bereits in der Vergangenheit Zielgebiete unterschiedlichster Zuwanderergruppen [waren], die lokale Gesellschaften, die regionale Wirtschaft und Politik prägten. Daraus entstanden individuelle (Erfolgs-) Biographien, die meist nur Teilen der Gesellschaft bekannt sind. Eine Verbreitung dieser Biographien [...] kann dazu beitragen, das Bewusstsein für die Chancen ethnischer, sprachlicher und soziodemographischer Vielfalt zu fördern.“ (Kordel/Weidinger 2020: 18) Durch den Verweis auf die langen Erfahrungen mit Migration (auch) in ländlichen Räumen kann Zuwanderung ein Bestandteil der geteilten Selbstverständlichkeiten in der lokalen Gesellschaft werden und somit Zusammenhalt stärken, anstatt ihn in Frage zu stellen.

Grundsätzlich können Narrative und Debatten nicht von einzelnen Personen allein gestaltet werden. Daher gilt es auch, Allianzen aller demokratischen Akteur:innen zu schmieden und gemeinsam Strategien zu entwickeln, wie populistischen Parolen begegnet und das gesellschaftliche Miteinander gestärkt werden soll. Hierfür müssen Akteur:innen bereit sein, auch mal parteipolitische Interessen hinter das gemeinsame Interesse eines starken gesellschaftlichen Zusammenhalts zurücktreten zu lassen.

Die Kurz-Expertise [„Kommunale Integrationspolitik: Zusammenarbeit von Landkreisen und angehörigen Gemeinden sowie Städten stärken“](#) (Münch/Schreiner 2019) verdeutlicht, dass besonders Führungspersonen in Politik und Verwaltung als Schlüsselfiguren der Kommunikation auftreten können: „Wenn Führungspersonen das Thema Integration proaktiv zu ‚ihrem Thema‘ machen und dies nach innen und außen deutlich kommunizieren, hat das eine Signalwirkung. Dies kann die Bereitschaft zu gemeinsamen Anstrengungen erhöhen.“ (Münch/Schreiner 2019: 6) Während sich diese Aussagen zunächst auf die Zusammenarbeit unterschiedlicher Verwaltungsbereiche im Themenkomplex Integration beziehen, gilt die herausgehobene Stellung politischer Entscheidungsträger:innen auch für die Kommunikation an die Bevölkerung und Institutionen außerhalb der Kommunalverwaltung.

Damit politische Entscheidungsträger:innen zu Protagonist:innen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in pluralen lokalen Gesellschaften werden können, ist es wichtig, politische Spitzen frühzeitig in Prozesse der Integrationsarbeit einzubinden. So können sie für das Thema sensibilisiert werden und letztlich dabei unterstützen, die Vielfalt lokaler Gemeinschaften wertschätzend zu kommunizieren. Besonders effektiv ist es, mit der öffentlichen Positionierung zu migrationsbedingter Vielfalt an lokale Narrative und relevante Themen anzuschließen (Schammann et al. 2021). Wenn eine Region beispielsweise ein starker Tourismus-Standort ist, kann es hilfreich sein, diese regionale Identität aufzugreifen und ihre Bezüge zu Vielfalt zu benennen.

Es bietet sich an, lokale Medien wie Gemeindeblätter, Gratiszeitungen⁵ oder Newsletter zu nutzen, um über Erfolgsgeschichten oder auch die alltägliche Arbeit zu berichten und die lokale Bevölkerung zu erreichen. Auch dabei ist es wichtig, Gemeinsamkeiten hervorzuheben, um das ‚gemeinsame Wir‘ der Bevölkerung vor Ort und Solidarität zu stärken. Es geht also nicht (nur) darum, erfolgreiche Migrationsgeschichten oder Geschichten des Ankommens zu erzählen, sondern ein geteiltes Narrativ der Bevölkerung in der Gemeinde zu entwickeln und die scheinbare Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Teilgruppen abzubauen.

5 Während dieses Medium von etablierten Akteur:innen teils eher stiefmütterlich behandelt wird, nutzen Parteien wie die Alternative für Deutschland es zum Teil strategisch, um ihre Themen zu setzen (siehe z. B. Jürgens/Nejezchleba 2024).

Migrant:innen sollten in der öffentlichen Kommunikation immer auch selbst als Erzählende auftauchen – und das nicht nur in ihrer ‚Eigenschaft‘ als migrierte Person, sondern auch als Eltern eines Kita-Kindes, in ihrer beruflichen Funktion oder als Teilnehmende einer berichtenswerten Aktivität. Dadurch wird Vielfalt sichtbar und der Reduktion von Menschen auf ihren Aufenthaltsstatus, ihre Nationalität oder ihre (vermeintliche) Migrationsgeschichte wird entgegengewirkt. Um das gewährleisten zu können, ist es wichtig, dass es Leitlinien für die vielfaltssensible Kommunikation gibt. Diese sollten für alle öffentlichen, zivilgesellschaftlichen und privaten Einrichtungen verfügbar sein und aktiv genutzt werden.



Mehr dazu in den Kurz-Expertisen:



„Arbeit ist nicht alles – Lokale Integration von EU-Migrant:innen vielfältig gestalten“



„Wechselwirkungen, Steuerungsmaßnahmen und Handlungsempfehlungen: Vielfalt von Zuwanderung und Entwicklung ländlicher Räume“



„Kommunale Integrationspolitik: Zusammenarbeit von Landkreisen und angehörigen Gemeinden sowie Städten stärken“

Grundmauern:

Lokale Verwaltung

- Politische Entscheidungsträger:innen frühzeitig einbinden
- Menschen mit Migrationsgeschichte als Bürger:innen sichtbar machen
- Schulungen für diversitätssensible Kommunikation anbieten und nutzen

Politische Entscheidungsträger:innen

- Migration als selbstverständlichen Bestandteil der lokalen Geschichte und Identität kommunizieren
- Verbindungen zwischen etablierten lokalen Narrativen und Zuwanderung herausstellen
- Verschiedene – auch digitale und ‚soziale‘ – Medien bedienen, um unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu erreichen

Fragen für den gemeinsamen Weiterbau:

Lokale Verwaltung

- Welche lokalen Kommunikationsanlässe (z. B. Veranstaltungen, Einrichtungen oder Entwicklungen) eignen sich, um Vielfalt positiv sichtbar zu machen?
- In welche Prozesse sollten politische Entscheidungsträger:innen unbedingt einbezogen werden?

Politische Entscheidungsträger:innen

- Welche Narrative charakterisieren unseren ländlichen Raum und wie kann ich in Bezug auf Demokratie und Vielfalt daran anschließen?
- Mit welchen Akteur:innen kann ich strategische Allianzen eingehen, um Narrative positiv zu prägen und Zusammenhalt zu fördern?

Positive Effekte: Potenziale von Migration für die Region erschließen

Für ländliche strukturschwächere wie auch strukturstarke Regionen bietet Migration verschiedene Potenziale, die es zu nutzen und gestalten gilt. So können Migrant:innen in Regionen, die von Abwanderung betroffen sind, helfen, über ihre Nachfrage z. B. nach Kitaplätzen, ärztlicher Versorgung oder Einkaufsmöglichkeiten, grundlegende Infrastruktur zu sichern. Hierfür müssen politische Entscheidungsträger:innen die Bedarfe erkennen und die notwendigen Investitionen tätigen, um Angebote auszubauen oder zu erhalten. Dementsprechend muss Migration ebenso wie die öffentliche Daseinsvorsorge als Gestaltungsaufgabe der ländlichen Entwicklung wahrgenommen werden (siehe auch Ratzmann et al. 2024).

Darüber hinaus können die ankommenden Personen auch der Schlüssel sein, um beispielsweise die Nachfrage nach Arbeitskräften in verschiedenen Feldern zu bedienen. Dabei sind die Bedarfe verschiedener Regionen unterschiedlich, so dass im Rahmen von Land.Zuhause.Zukunft Konzepte für die Integration von Zugewanderten in Gastronomie und Hotellerie (Landkreis Bernkastel-Wittlich) und im Handwerk (Landkreis Waldeck-Frankenberg) sowie für die Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland (Landkreis Coburg) entstanden sind. Die Kurz-Expertise [„Gute Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen: Pflege sichern, Migration nutzen“](#) (Ohliger/Schweiger 2019b) befasst sich ausführlicher mit der Frage, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um Zuwanderung für die Gewinnung von Pflegekräften nutzen zu können. Sie verdeutlicht, dass verschiedene Migrant:innengruppen unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen und dass eine auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmte Strategie erforderlich ist. Sie umfasst eine Analyse der benötigten Arbeitskräfte, der vorhandenen Arbeitsbedingungen sowie die Frage, ob vor Ort lebende Zugewanderte die Bedarfe decken können oder ob eine Anwerbung aus dem Ausland sinnvoll wäre und welche Schritte dafür zu gehen sind.

Auch die Kurz-Expertise [„Anwerben, Qualifizieren, Halten. Handlungsspielräume lokaler Akteur:innen für die Fachkräftesicherung in ländlichen Räumen“](#) (Althoff et al. 2023) macht deutlich, dass passgenaue Zuwanderung kein Selbstläufer ist. Stattdessen müssen vor Ort gezielte Anstrengungen unternommen werden, um Migration für die Deckung lokaler Fachkräftebedarfe nutzbar zu machen. Hierfür müssen kommunale Akteur:innen die Bedarfe erheben und anschließend Anwerbung in Zusammenarbeit mit verschiedenen Stellen innerhalb und außerhalb der lokalen Verwaltung umsetzen. Arbeitsmigrant:innen nennen ebenso wie Arbeitgeber:innen bürokratische Verfahren als wichtige Hürde. Hier können kleinere Verwaltungen in ländlichen Räumen durch kurze Wege punkten, sofern verschiedene Verwaltungsbereiche gut kooperieren. Darüber hinaus müssen vor Ort die Bedingungen geschaffen werden, damit angeworbene Personen gerne bleiben – beispielsweise in den Bereichen Wohnungs- und Familienpolitik. In dieser Hinsicht unterscheiden sich Migrant:innen nicht von Einheimischen: alle Menschen wünschen sich gute Lebensbedingungen an ihrem Wohn- und Arbeitsort. Diese Gemeinsamkeiten sollten Kommunen im Blick behalten und Lösungen für alle vor Ort lebenden Menschen anstreben. Zudem können ländliche Räume auch vorhandene Stärken wie enge soziale Beziehungen und eine starke Zivilgesellschaft nutzen, um neu gewonnene Arbeitskräfte – aus dem In- und Ausland – genauso wie einheimische Erwerbstätige zu halten. Die dadurch geschaffenen Beziehungen zwischen Neuankommenden und Alteingesessenen tragen dann gleichzeitig zum gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort bei.



Insgesamt zeigen die Kurz-Expertisen, dass Akteur:innen vor Ort aktiv werden müssen, um Potenziale von Zuwanderung für die ländliche Entwicklung zu erschließen. Hierbei ist es wichtig, ehrlich zu bleiben und den erwarteten Nutzen ebenso wie die hierfür erforderlichen Investitionen sowie den Zeithorizont bis zum erwarteten ‚Payoff‘ offen zu thematisieren. Eine geschönte Darstellung führt am Ende zu Enttäuschung und Frustration und ist damit eher schädlich. Wenn es aber gelingt, Zuwanderung für die ländliche Entwicklung nutzbar zu machen, können Engpässe für alle vor Ort lebenden Personen verringert und somit die Lebensqualität vor Ort erhöht werden. Das kann die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem bestehenden System stärken und damit einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

Mehr dazu in den Kurz-Expertisen:



„Anwerben, Qualifizieren, Halten. Handlungsspielräume lokaler Akteur:innen für die Fachkräftesicherung in ländlichen Räumen“



„Arbeit ist nicht alles – Lokale Integration von EU-Migrant:innen vielfältig gestalten“



„Wechselwirkungen, Steuerungsmaßnahmen und Handlungsempfehlungen: Vielfalt von Zuwanderung und Entwicklung ländlicher Räume“



„Kommunale Integrationspolitik: Zusammenarbeit von Landkreisen und angehörigen Gemeinden sowie Städten stärken“

Grundmauern:

Lokale Verwaltung

- Kurze Wege innerhalb der Verwaltung nutzen, um bürokratische Prozesse zu beschleunigen
- Zusammenarbeit mit Arbeitgeber:innen ausbauen, um Bedarfe zu ermitteln und ein gemeinsames Verständnis der Potenziale von Migration zu entwickeln
- Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, um Brücken in die Gesellschaft vor Ort zu bauen

Politische Entscheidungsträger:innen

- Führungsrolle in der Entwicklung lokaler Strategien für die Fach- und Arbeitskräftesicherung übernehmen
- Investitionen in das Anwerben, Qualifizieren und Halten von Zugewanderten vornehmen und den erwarteten Nutzen (ehrllich) kommunizieren

Fragen für den gemeinsamen Weiterbau:

Lokale Verwaltung

- Wie kann ich die Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung sowie mit anderen Ebenen ausbauen, um Verfahren zu beschleunigen?
- Wie können verschiedene Verwaltungsbereiche koordiniert werden, um für alle Einwohner:innen die Lebensqualität zu erhöhen?

Politische Entscheidungsträger:innen

- Gibt es lokale Herausforderungen, wo Migration die Lösung und nicht das Problem ist oder sein könnte? Was braucht es, damit dies gelingt?
- Wo liegen die spezifischen Stärken unseres ländlichen Raumes und wie können wir sie für die Nutzung von Migrationspotenzialen einsetzen?
- Wie kann ich die Finanzierung für erforderliche Investitionen sicherstellen?

Ehrliche Analysen: Problemursachen benennen, Debatten entmigrantisieren

Gleichzeitig kann Migration v. a. in strukturschwächere oder periphere Regionen strukturelle Defizite vor Ort noch einmal verstärken und so der Debatte um infrastrukturellen Abbau vs. Erhalt oder Ausbau stärkere Dringlichkeit verleihen. Doch sind fehlende Schul- oder Kitaplätze, fehlende ärztliche Infrastruktur oder unzureichende Verbindungen im Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) keine Probleme, die durch Migration entstehen. Es gilt, die eigentlichen Ursachen – wie z. B. jahrzehntelang versäumte Investitionen, fehlende Ausbildung von Lehrkräften oder unattraktive Arbeitsbedingungen – klar zu benennen und so Debatten zu entmigrantisieren. Zudem kann eine Betonung der gemeinsamen Betroffenheit von diesen strukturellen Herausforderungen die Solidarität aller Menschen vor Ort fördern und damit letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Ein Beispiel für eine Maßnahme zur Entmigrantisierung stellt die Fördermittelvergabe dar: in unserer Kurz-Expertise [„Fördermittel für die Integrationsarbeit in ländlichen Kreisen und Gemeinden. Alles Gold, was glänzt?“](#) (Günther et al. 2021) zeigte sich, dass gerade ländliche Kommunen oft Schwierigkeiten haben, Fördermittel mit einer eng umrissenen Zielgruppe in Anspruch zu nehmen. Das liegt daran, dass die absoluten Zahlen von Personen mit den entsprechenden Merkmalen wie z. B. ‚Geflüchtete mit guter Bleibeperspektive‘ in ländlichen Regionen oft gering sind. Gleichzeitig trägt eine solche Verengung auf bestimmte Teilgruppen zu Neiddebatten bei und untergräbt damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Inhaltlich sowie praktisch sinnvoller wäre hingegen eine Zielorientierung anstelle der Zielgruppenorientierung. Dadurch würde ermöglicht, dass all diejenigen von einer Maßnahme profitieren, die sie benötigen. Wenn also beispielsweise eine kostenlose Hausaufgabenhilfe finanziert wird, sollte diese allen zugutekommen, die sich eine solche Unterstützung ansonsten nicht leisten können und sollte nicht künstlich auf eine Zielgruppe wie ‚geflüchtete Kinder‘ o. ä. beschränkt werden.

Da finanzielle Ressourcen in der Regel begrenzt sind, muss zudem eine ehrliche Debatte über die Priorisierung von Maßnahmen geführt werden. Das (Wahl-)Versprechen, alle lokalen Probleme gleichzeitig lösen zu können, führt letztlich zu Frust und kann Politikverdrossenheit verstärken. Das gleiche gilt für ein Abschieben von Verantwortung auf andere Ebenen. Daher bedarf es einer demokratischen Auseinandersetzung auch über die Frage, welche Probleme wo gelöst werden können, welche zuerst angegangen werden, wer welchen Beitrag zur Lösung beitragen kann und für welche Probleme weitere Ressourcen akquiriert werden müssten.



Mehr dazu u.a. in den Kurz-Expertisen:



„Wohnen von Neuzugewanderten in ländlichen Räumen. Mehr als nur ein Dach über dem Kopf“



„Fördermittel für die Integrationsarbeit in ländlichen Kreisen und Gemeinden. Alles Gold, was glänzt?“



„Wechselwirkungen, Steuerungsmaßnahmen und Handlungsempfehlungen: Vielfalt von Zuwanderung und Entwicklung ländlicher Räume“

Grundmauern:

Alle Menschen vor Ort

- Reale Problemursachen ermitteln und benennen
- Prioritäten gemeinsam aushandeln

Lokale Verwaltung

- Gemeinsame Betroffenheit aller Menschen vor Ort von (infrastrukturellen) Engpässen betonen
- Unterstützungsbedarfe verschiedener Gruppen identifizieren und an die Politik kommunizieren
- Maßnahmen inklusiv planen, so dass sie möglichst allen Personen mit den entsprechenden Bedarfen zugutekommen

Politische Entscheidungsträger:innen

- Politik für alle Menschen vor Ort gestalten, anstatt einzelne Gruppen zu bevorteilen
- Möglichkeiten und Grenzen der (lokalen) Problemlösung ehrlich benennen
- Gestaltungsbedarfe wahrnehmen und Verantwortung übernehmen

Fragen für den gemeinsamen Weiterbau:

Lokale Verwaltung

- Welche lokalen Probleme erkenne ich in meiner täglichen Arbeit und wie kann ich sie an politische Entscheidungsträger:innen kommunizieren?
- Welche Akteur:innen (z. B. Kammern, Unternehmen, Zivilgesellschaft) können in die Problemlösung eingebunden werden?

Politische Entscheidungsträger:innen

- Wo liegen die drängendsten lokalen Herausforderungen und wer ist davon betroffen?
- Welche lokalen Ressourcen zur Problemlösung sind da? Wie werden sie priorisiert?
- Wo können wir ggf. weitere Ressourcen mobilisieren oder einwerben?

Bedarfsgerechte Mobilität: Zugänge aus- und Hürden abbauen⁶

Gerade im Politikfeld der Mobilität zeigt sich, wie betroffen alle Menschen von einer (fehlenden) lokalen Infrastruktur und ihrem Erhalt bzw. Ausbau sind. Häufig ist der ÖPNV in ländlichen Räumen eingeschränkt; Busse fahren nur selten und die nächste Bahnhaltestelle ist oft weit entfernt. Ohne Führerschein und Auto (oder Motorroller) sind viele Alltagswege daher für die Menschen in ländlichen Räumen kaum zu bewältigen, was sich in diversen unserer Kurz-Expertisen gezeigt hat (siehe auch Mehl et al. 2023).

Um am lokalen oder auch gemeindeübergreifenden Vereinsleben teilzunehmen, einen Sprachkurs zu absolvieren, eine Arbeit auszuüben oder sich zu engagieren, müssen die Orte der sozialen Teilhabe erreichbar sein, etwa, indem sie zentral angeboten oder an die verfügbaren ÖPNV-Angebote zeitlich und räumlich angepasst werden. Gerade in ländlichen Räumen wird zudem zivilgesellschaftliches Engagement für die Schließung von Lücken genutzt. Bisher gelingt dies vielerorts durch kleinere Projekte wie beispielsweise ‚Mitfahrender-Bänke‘, Anruf-Sammel-Taxen (AST) oder andere Rufbus-Systeme. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Kommunikationswege möglichst barrierefrei gestaltet werden sollten, so dass Personen, die diesen Service nutzen möchten, nicht zusätzlich einer kommunikativen Hürde gegenüberstehen.



Wenn das Auto eine unabdingbare Voraussetzung für das Leben in einem konkreten ländlichen Raum ist, müssen Möglichkeiten zum Führerscheinerwerb geschaffen werden. Für Menschen im Bürgergeld-Bezug können die Jobcenter die Kosten übernehmen und so individuelle Mobilität – sowie die Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme – unterstützen. Diese Entscheidung liegt im Ermessen des jeweiligen Jobcenters („Kann-Leistung“), kann aber gerade für die Chancengerechtigkeit und damit den Zusammenhalt in ländlichen Räumen hilfreich sein. Auch Arbeitgeber:innen könnten ihren Mitarbeitenden den Führerscheinerwerb mitfinanzieren. Des Weiteren können Kommunen ggf. durch finanzielle Förderung von Carsharing-Angeboten dazu beitragen, Hürden für Personen abzubauen, die sich kein eigenes Auto leisten können (oder wollen).

Neben dem Ausbau von Mobilität können auch digitale Angebote helfen, räumliche Entfernungen zu überbrücken. Ein Beispiel dafür stellen hybride Sprachkurse dar, die im Kreis Lippe im Rahmen von Land.Zuhause.Zukunft entwickelt wurden. Eine Kombination aus dezentralen präsentischen und digitalen Formaten soll dabei helfen, Mobilitätsanfordernisse zu verringern und dennoch realen Austausch vor Ort zu ermöglichen. Doch auch hierfür sind zunächst Investitionen erforderlich, indem die entsprechende Technologie angeschafft und zusammen mit Räumlichkeiten bereitgestellt wird. Wenn eine Teilnahme von Zuhause ermöglicht werden soll, muss zudem darauf geachtet werden, dass die erforderlichen Kompetenzen, Endgeräte und ausreichende Internetanbindung vorhanden sind.

Grundsätzlich: Investitionen in Mobilitätsinfrastrukturen in ländlichen Kommunen sind auch immer eine Investition in die Gesellschaft und in die Wahrnehmung, dass man vor Ort in den ländlichen Regionen nicht ‚vergessen wird‘. Somit tragen sie zu einer höheren Zufriedenheit der dort lebenden Bevölkerung bei und haben damit ihren Anteil an der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

⁶ Die Grundlagen dieser ‚Baustelle‘ beruhen neben den Ergebnissen des Programms Land.Zuhause.Zukunft auch auf den empirischen Erkenntnissen weiterer Forschungsprojekte der MPRG/Universität Hildesheim und ihren Partner:innen.

Mehr dazu in den Kurz-Expertisen:



„Anwerben, Qualifizieren, Halten.
Handlungsspielräume lokaler Akteur:innen für die
Fachkräftesicherung in ländlichen Räumen“



„Alles Gold, was glänzt? Fördermittel für
die Integrationsarbeit in ländlichen Kreisen
und Gemeinden“



„Wechselwirkungen, Steuerungsmaßnahmen
und Handlungsempfehlungen: Vielfalt von
Zuwanderung und Entwicklung ländlicher Räume“



„Gute Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen:
Pflege sichern, Migration nutzen“

Grundmauern:

Lokale Verwaltung

- Angebote für Teilhabe und Mitgestaltung an vorhandene Mobilitätsangebote anpassen, z. B. in Bezug auf Uhrzeit und Ort von Veranstaltungen
- Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Arbeitgeber:innen, um Mobilität zu fördern
- Jobcenter: Spielräume im SGB II nutzen und Erwerb des PKW-Führerscheins finanziell fördern

Politische Entscheidungsträger:innen

- Mobilitätsangebote ausbauen – entweder durch den ÖPNV oder durch die Förderung individueller Mobilität, auch durch geteilte Ressourcen
- Vernetzung mit benachbarten Regionen, um Mobilitätsangebote abzustimmen und auszubauen

Fragen für den gemeinsamen Weiterbau:

Verwaltung

- Welche Orte im Landkreis sind gut erreichbar und können damit zu Ankerpunkten der sozialen Teilhabe werden?
- Welche Rolle können digitale Angebote in meinem Bereich zum Abbau von Mobilitätshindernissen spielen?

Politische Entscheidungsträger:innen

- Wie kann ich auf höheren politischen Ebenen ein Bewusstsein für die infrastrukturellen Herausforderungen ländlicher Räume schaffen und dadurch Unterstützung mobilisieren?

Starke Beziehungen: Kontakte und Austausch fördern

Wie im ersten Teil des Impulspapiers erläutert, sind Beziehungen zwischen verschiedenen Gesellschaftsmitgliedern ein essenzieller Bestandteil des Zusammenhalts. Ländliche Räume werden oft dafür gepriesen, dass hier die sozialen Beziehungen enger seien und durch eine aktive Zivilgesellschaft gestützt würden. Vereine, Kirchengemeinden und Initiativen prägen Beziehungen und ermöglichen Austausch. Auch im Kontext migrationsbedingter Vielfalt können sie Teilhabe und soziale Kontakte erleichtern. Hierfür gilt es, Engagement so auszurichten, dass es den Zugang von Migrant:innen unterstützen kann. Ehrenamtlich Engagierte müssen von der Verwaltung als wichtige Ressource wahrgenommen und einbezogen werden. Gleichzeitig müssen sich viele zivilgesellschaftliche Organisationen – ebenso wie viele lokale Verwaltungen – noch stärker für Migrant:innen öffnen. Dazu gehört, die eigenen Strukturen und Aktivitäten auf mögliche ausschließende Mechanismen zu hinterfragen. So sollte der eigene Außenauftritt (Website, Flyer, Broschüren) ebenso wie Einladungen zu gemeinsamen Aktivitäten kultur- und sprachsensibel gestaltet werden. Dazu gehört neben mehrsprachiger Kommunikation, bei Veranstaltungen auf verschiedene Bedürfnisse zu achten und so vielleicht plakativ gesagt Alternativen zu ‚Bier und Bratwurst‘ anzubieten. Einladungen sollten auf verschiedenen Wegen – auch über Social Media – verbreitet werden, um verschiedene Personengruppen zu erreichen.

Nicht zu vernachlässigen ist die Tatsache, dass auch die gebaute Umwelt darüber mitbestimmt, wie unterschiedliche Gruppen sich begegnen. Orte wie Marktplätze, Freibäder oder Parkanlagen sind Gestaltungsorte für Kommunen und können durch die Möglichkeit zur niedrigschwelligen und zufälligen Begegnung das ‚gemeinsame Wir‘ fördern. Auch Quartiersbüros oder Mehrgenerationenhäuser nehmen diese Funktion wahr und versuchen über Computersprechstunden, Nähtreffs oder Sprachcafés, verschiedene Menschen zusammenzubringen. Bereits vorhandene Infrastruktur wie Vereinshäuser sollten daher als strategische Orte des Zusammenkommens mitbedacht und als solche gefördert und ausgebaut werden.⁷ So wurde beispielsweise im Rahmen des Programms Land.Zuhause.Zukunft im Burgenlandkreis der „Draußen-Ort Neustadt Park“ als Begegnungsort neu gestaltet und um Beratungsangebote ergänzt.

Allerdings sollte nicht davon ausgegangen werden, dass Beziehungen automatisch auf- und Vorbehalte abgebaut werden, wenn sich Menschen an solchen Orten begegnen. „Um etwaige Berührungsängste abzubauen, sollten mögliche haupt- und ehrenamtliche ‚Brückenbauer‘ gezielt angesprochen und gefördert werden.“ (Weidinger/Kordel 2020: 21) Ebenso können gezielt Veranstaltungen initiiert werden, um gemeinsame Erlebnisse zu schaffen und damit Zusammenhalt zu stärken. Derartige Feste und Aktivitäten wiederum wären auch ein Beitrag zur Stärkung der Nachbarschaft, die als informelle Instanz das ‚gemeinsame Wir‘ fördert.

Wie in der Kurz-Expertise [„Lokale Integration von EU-Migrant:innen vielfältig gestalten. Arbeit ist nicht alles“](#) (Günther 2022) deutlich wurde, ist eine Hürde für den Aufbau von Beziehungen zu Zugewanderten die Frage des Erstkontakts. Während die Verwaltung zu Geflüchteten oft automatisch über die Bereitstellung von Leistungen Kontakte herstellt, sind andere Gruppen für sie weitgehend unsichtbar und es besteht eine große Unsicherheit, wie sie angesprochen werden können. Ähnliches gilt für etablierte Vereine, die zum Teil nicht wissen, wie sie auf Migrant:innen zugehen können. Eine Idee ist die aufsuchende Ansprache an Alltagsorten, die (auch) von Migrant:innen genutzt werden. Ebenso können alteingesessene Vereine und migrantische Organisationen oder Initiativen gemeinsame Aktivitäten anbieten, um Kontakt und Austausch zu fördern. Ein anderer Ansatz ist, verschiedene Akteur:innen zusammen zu bringen (beispielsweise in Form von runden Tischen), um am gemeinsamen Verständnis der lokalen Gesellschaft zu arbeiten und so einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten.

⁷ Siehe hierzu auch z.B. Robert Bosch Stiftung o.J..



Mehr dazu in den Kurz-Expertisen:



„Wohnen von Neuzugewanderten in ländlichen Räumen: Mehr als nur ein Dach über dem Kopf“



„Lokale Integration von EU-Migrant:innen vielfältig gestalten. Arbeit ist nicht alles“



„Mitwirkung, Mitgliedschaft, Bindung: Zugänge für Neuzuwanderer in die (ländliche) Zivilgesellschaft“

Grundmauern:

Zivilgesellschaftliche Organisationen

- Aktiv – v. a. über Multiplikator:innen – auf Personengruppen zugehen, die die eigenen Angebote bislang nicht nutzen
- Den eigenen Außenauftritt reflektieren und ausschließende Mechanismen abbauen

Lokale Verwaltung

- Aktiv und aufsuchend auf verschiedene Personengruppen zugehen
- Alltagsorte und zivilgesellschaftliche Einrichtungen fördern, damit sie als Begegnungsorte zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen können
- Zivilgesellschaft und andere Institutionen in der vielfaltssensiblen Öffnung durch Leitfäden und Fortbildungen unterstützen

Politische Entscheidungsträger:innen

- Fördermittel auch für niedrigschwellige Alltagsorte vorsehen, um Begegnung zu ermöglichen

Fragen für den gemeinsamen Weiterbau:

Lokale Verwaltung

- Was brauchen lokale Einrichtungen, um als Orte der Begegnung Beziehungen zu fördern?
- Wer kann als Multiplikator:in zu Personengruppen fungieren, die bisher bei Aktivitäten nicht präsent sind, obwohl sie zur lokalen Gesellschaft gehören?
- Welche zusätzlichen Aktivitäten können bestehende Angebote sinnvoll ergänzen?

Politische Entscheidungsträger:innen

- Wie können etablierte Akteur:innen bei uns vor Ort für die Stärkung sozialer Beziehungen (auch) zu Migrant:innen gewonnen werden?
- Wie können migrantische Initiativen in bestehende Netzwerke und Strukturen einbezogen werden?

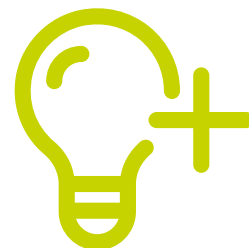
Wie weiter?

Das Impulspapier hat gezeigt, dass die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts Anstrengungen der gesamten Gesellschaft bedarf. Der Fokus lag dabei auf den Handlungsspielräumen lokaler politischer Entscheidungsträger:innen und der Kommunalverwaltung in ländlichen Räumen. Erfahrungen aus dem Programm Land.Zuhause. Zukunft verdeutlichen, dass hier diverse Stellschrauben liegen, um die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zu unterstützen, Beziehungen untereinander zu stärken, das demokratische Gemeinwesen mit Leben zu füllen und Solidarität zu fördern – also kurz, um gesellschaftlichen Zusammenhalt (nicht nur) im Kontext migrationsbedingter Vielfalt zu erhalten und auszubauen.

Gleichzeitig kann der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht allein durch einzelne ländliche Räume aufrechterhalten werden. Begrenzte Ressourcen und Kompetenzen weisen darauf hin, dass auch Akteur:innen auf Landes- und Bundesebene wichtige Instrumente in der Hand halten, um ihren Teil dazu beizutragen. Sie können durch Fördermittel für ländliche Entwicklung und Infrastruktur in ländlichen Räumen einen Beitrag dazu leisten, soziale Gerechtigkeit erfahrbar zu machen und dadurch das Vertrauen in die verfasste Gesellschaft zu stärken. Darüber hinaus können sie die Zusammenarbeit mit lokalen Stellen ausbauen und diese unterstützen, um z. B. die Anerkennung von Qualifikationen und Visavergabe zu erleichtern und Fachkräfteanwerbung für ländliche Räume auszubauen. In ähnlicher Weise können auch Erleichterungen der Arbeitsmarktintegration von ‚Bestandsmigrant:innen‘ wirken, z. B. durch die Ausweitung der rechtlichen Möglichkeiten eines so genannten ‚Spurwechsels‘ geflüchteter und geduldeter Menschen sowie erhöhte Investitionen in Sprachkurse insbesondere in ländlichen Räumen. Beides trägt dazu bei, den Nutzen von Zuwanderung im Kontext des demografischen Wandels erkennbar zu machen und kann somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Nicht zu unterschätzen ist aber auch die politische Debatte, die maßgeblich auf Bundesebene geprägt wird. Narrative eines abnehmenden gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie spaltende und ausgrenzende Diskurse (z. B. eine teils überhöhte Darstellung einer ‚Bedrohung‘ unserer Gesellschaft durch Zuwanderung) unterhöheln den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stellen damit gewissermaßen eine selbsterfüllende Prophezeiung dar. Politische Entscheidungsträger:innen auf Landes- und Bundesebene tragen daher auch in ihrer Kommunikation eine Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und können durch ehrliche Benennung der Herausforderungen und Chancen, die sich aus Migration ergeben, einen Beitrag zu dessen Stärkung leisten.

Es gilt somit, angesichts um sich greifender Verunsicherung, Unkenrufen einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung und Wahlerfolgen populistischer Parteien nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern den jeweils eigenen möglichen Beitrag zur Herstellung, Aufrechterhaltung oder Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu erkennen. Darüber hinaus sollten strategische Netzwerke zu anderen Akteur:innen aufgebaut werden, um gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Das Impulspapier hat versucht, hierfür einen ersten Aufschlag zu liefern und lädt dazu ein, weiterzudenken und aktiv zu werden.



Literatur

Althoff, Jenna; Kasparick, Danielle; Schammann, Hannes (2023): Anwerben, Qualifizieren, Halten – Handlungsspielräume lokaler Akteur:innen für die Fachkräftesicherung in ländlichen Räumen. Text abrufbar unter: <https://land-zuhause-zukunft.de/publikationen/anwerben-qualifizieren-halten-handlungsspielraeume-lokaler-akteurinnen-fuer-die-fachkraeftesicherung-in-laendlichen-raeumen/> (Zugriff am 12.11.2024).

Bartelheimer, Peter; Kädtler, Jürgen (2012): Produktion und Teilhabe – Konzepte und Profil sozioökonomischer Berichterstattung. In: Bartelheimer, Peter; Fromm, Sabine; Kädtler, Jürgen (Hrsg.), Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland: Teilhabe im Umbruch Zweiter Bericht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 41–85.

Boehnke, Klaus; Dragolov, Georgi; Arant, Regina; Unzicker, Kai (2024): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023. Perspektiven auf das Miteinander in herausfordernden Zeiten; Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2023> (Zugriff am 24.10.2024).

BMI (o. J.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt – für ein friedvolles Miteinander. Bundesministerium des Innern und für Heimat. Text abrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/gesellschaftlicher-zusammenhalt-node.html> (Zugriff am 14.10.2024).

Deitelhoff, Nicole; Groh-Samberg, Olaf; Middell, Matthias (Hrsg.) (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt ein interdisziplinärer Dialog. Frankfurt am Main: Campus.

forsa (2024): Die Situation ehrenamtlicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ergebnisse einer Befragung für die Körber-Stiftung. Text abrufbar unter: <https://koerber-stiftung.de/projekte/demokratie-beginnt-vor-ort/#s38291> (Zugriff am 16.10.2024).

Forst, Rainer (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs. In: Deitelhoff, Nicole; Groh-Samberg, Olaf; Middell, Matthias (Hrsg.), Gesellschaftlicher Zusammenhalt ein interdisziplinärer Dialog. Frankfurt am Main: Campus.

Günther, Johanna (2022): Arbeit ist nicht alles - Lokale Integration von EU-Migrant:innen vielfältig gestalten. Text abrufbar unter: <https://land-zuhause-zukunft.de/publikationen/arbeit-ist-nicht-alles-lokale-integration-von-eu-migrantinnen-vielfaeltig-gestalten/> (Zugriff am 08.08.2024).

Gluns, Danielle; Gramsch, Julia; Günther, Johanna (2021): Kommunale Beteiligung von Zugewanderten in ländlichen Räumen Mitmachen, Mitgestalten, Mitbestimmen?! Text abrufbar unter: <https://land-zuhause-zukunft.de/publikationen/kommunale-beteiligung-von-zugewanderten-in-laendlichen-raeumen-mitmachen-mitgestalten-mitbestimmen/> (Zugriff am 16.10.2024).

Günther, Johanna; Younso, Christin; Heimann, Christiane; Schammann, Hannes (2021): Alles Gold, was glänzt? Fördermittel für die Integrationsarbeit in ländlichen Kreisen und Gemeinden. Text abrufbar unter: <https://land-zuhause-zukunft.de/publikationen/alles-gold-was-glaenzt-foerdermittel-fuer-die-integrationsarbeit-in-laendlichen-kreisen-und-gemeinden/> (Zugriff am 8.8.2024).

Jürgens, Johanna; Nejezchleba, Martin (2024): AfD in Anzeigenblättern: Einwurf von rechts. In: Die Zeit, Hamburg, 10. Februar 2024. Text abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2024/07/afd-anzeigenblaetter-ostdeutschland-werbeflaeche-neues-gera> (Zugriff am 14.10.2024).

Kneuer, Marianne; Corsten, Michael; Schammann, Hannes; Kahle, Patrick; Wallaschek, Stefan; Ziegler, Franziska (2022): Claiming Solidarity: A Multilevel Discursive Reconstruction of Solidarity. In: European Journal of Social Theory, SAGE Publications Ltd, 25 (3), 366–385.

Kordel, Stefan; Weidinger, Tobias (2020): Wechselwirkungen, Steuerungsmaßnahmen und Handlungsempfehlungen: Vielfalt von Zuwanderung und Entwicklung ländlicher Räume. Text abrufbar unter: <https://land-zuhause-zukunft.de/publikationen/vielfalt-von-zuwanderung-und-entwicklung-laendlicher-raeume/> (Zugriff am 08.08.2024).

Mehl, Peter; Fick, Johanna; Glorius, Birgit; Kordel, Stefan; Schammann, Hannes (Hrsg.) (2023): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36689-6> (open access).

Münch, Claudia; Schreiner, Franziska (2019): Kommunale Integrationspolitik: Zusammenarbeit von Landkreisen und angehörigen Gemeinden sowie Städten stärken. Text abrufbar unter: <https://land-zuhause-zukunft.de/publikationen/kommunale-integrationspolitik-zusammenarbeit-von-landkreisen-und-angehoerigen-gemeinden-sowie-staedten-staerken/> (Zugriff am 08.08.2024).

Ohliger, Rainer; Veyhl, Lisa (2019): Mitwirkung, Mitgliedschaft, Bindung: Zugänge für Neuzuwanderer in die (ländliche) Zivilgesellschaft. Text abrufbar unter: <https://land-zuhause-zukunft.de/publikationen/mitwirkung-mitgliedschaft-bindung-zugaenge-fuer-neuzuwanderer-in-die-laendliche-zivilgesellschaft/> (Zugriff am 08.08.2024).

Ohliger, Rainer; Schweiger, Raphaela (2019a): Integrationskursangebote in ländlichen Räumen stärken: Differenzierte Angebote ermöglichen – Flexibilität erhöhen. Text abrufbar unter: <https://land-zuhause-zukunft.de/publikationen/integrationskursangebote-in-laendlichen-raeumen-staerken-differenzierte-angebote-ermoeglichen-flexibilitaet-erhoehen/> (Zugriff am 08.08.2024).

Ohliger, Rainer; Schweiger, Raphaela (2019b): Gute Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen: Pflege sichern, Migration nutzen. Text abrufbar unter: <https://land-zuhause-zukunft.de/publikationen/gute-daseinsvorsorge-in-laendlichen-raeumen-pflege-sichern-migration-nutzen/> (Zugriff am 08.08.2024).

Phillimore, Jenny (2021): Refugee-Integration-Opportunity Structures: Shifting the Focus From Refugees to Context. In: *Journal of Refugee Studies*, 34 (2), 1946–1966.

Pickel, Gert; Pickel, Susanne (2021): Gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Angst vor seinem Schwund. Analysen zu Existenz, Ursachen und Folgen gesellschaftlichen Zusammenhalts am Beispiel Sachsens. In: Kailitz, Steffen; Pickel, Gert; Genswein, Tobias (Hrsg.), *Sachsen zwischen Integration und Desintegration: Politisch-kulturelle Heimaten*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 111–144.

Robert Bosch Stiftung (o. J.): Allzeitorte. Gemeinsam mehr bewegen. Robert Bosch Stiftung. Text abrufbar unter: <https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/allzeitorte> (Zugriff am 14.10.2024).

Sangiovanni, Andrea (2015): Solidarity as joint action. In: *Journal of Applied Philosophy*, 32(4), 340–359.

Schäfer, Jana (2024): Feuer löschen statt Brände mauern. *Ostjournal*, Text abrufbar unter: <https://www.ostjournal.de/05-feuer-loeschen-statt-braende-mauern/> (Zugriff am 15.08.2024).

Schammann, Hannes; Gluns, Danielle; Heimann, Christiane; Müller, Sandra; Wittchen, Tobias; Younso, Christin; Ziegler, Franziska (2021): Defining and transforming local migration policies: a conceptual approach backed by evidence from Germany. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2021.1902792>.

Schammann, Hannes; Gluns, Danielle (2021): *Migrationspolitik*. Baden-Baden: Nomos.

Weidinger, Tobias; Kordel, Stefan (2023): Wohnen von Neuzugewanderten in ländlichen Räumen – Mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Text abrufbar unter: <https://land-zuhause-zukunft.de/publikationen/wohnen-von-neuzugewanderten-in-laendlichen-raeumen-mehr-als-nur-ein-dach-ueber-dem-kopf/> (Zugriff am 08.08.2024).

Impressum

Herausgegeben von der

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31
70184 Stuttgart
www.bosch-stiftung.de

Autor:innen*

Clara Hoppe
Danielle Kasparick
Hannes Schammann
(alle: Forschungsgruppe Migrationspolitik;
Universität Hildesheim)

Dank

Die Autor:innen danken Lisa Veyhl und Raphaela Schweiger (Robert Bosch Stiftung) sowie dem Team der Forschungsgruppe Migrationspolitik (Universität Hildesheim) für ihr fachliches Feedback zum Manuskript.

Layout

siegel konzeption | gestaltung, Stuttgart

Druck

Offizin Scheufele
Druck und Medien GmbH & Co. KG, Stuttgart

Copyright

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten
2024

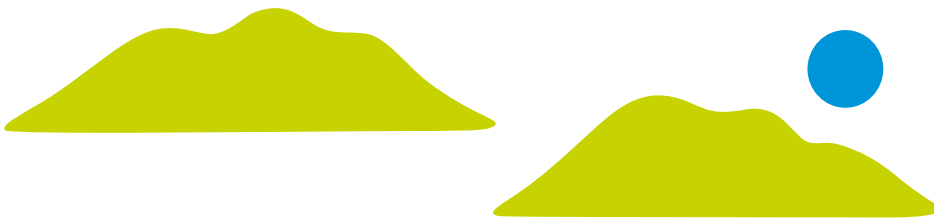


* Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen unterliegen der Verantwortung der Autor:innen und spiegeln nicht unbedingt die Standpunkte der Robert Bosch Stiftung wider.

Land.Zuhause.Zukunft – ein Programm der Robert Bosch Stiftung und der Universität Hildesheim

Mit dem Programm „Land.Zuhause.Zukunft – Gestaltung von migrationsbedingter Vielfalt in ländlichen Räumen“ unterstützen die Robert Bosch Stiftung und die Universität Hildesheim seit 2019 Landkreise mit ihren vielfältigen Akteur:innen dabei, innovative und zukunftsfähige Ansätze für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt in ländlichen Räumen weiterzuentwickeln. Das Programm ermöglicht einen systematischen Wissensaustausch bei regelmäßigen – auch virtuellen – Vernetzungstreffen. Zudem entwickeln die Programmpartner:innen Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis und unterstützen ländliche Kommunen dabei, ihre Bedarfe an politische Entscheidungsträger:innen zu kommunizieren.

www.land-zuhause-zukunft.de



Über die Forschungsgruppe Migrationspolitik an der Universität Hildesheim

Die Forschungsgruppe Migrationspolitik an der Universität Hildesheim befasst sich seit einigen Jahren mit der Gestaltung von Migration auf verschiedenen politischen Ebenen, mit einem besonderen Fokus auf migrationspolitischen Gestaltungsspielräumen von Städten, Gemeinden und Landkreisen. Sie verfügt über Netzwerke mit verschiedenen Akteur:innen aus der Praxis sowie über langjährige Kontakte zu verschiedenen Institutionen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Die Forschungs- und Transferstelle Migrationspolitik stellt dabei die Schnittstelle der Forschungsgruppe Migrationspolitik zwischen Wissenschaft und Praxis dar. Hier ist auch das Programmbüro von Land.Zuhause.Zukunft angesiedelt.

www.uni-hildesheim.de/migrationspolitik

Über die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung GmbH gehört zu den großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Europa. Sie arbeitet in den Fördergebieten Gesundheit, Bildung und Globale Fragen. Mit ihrer gemeinnützigen Tätigkeit trägt sie zur Entwicklung tragfähiger Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen bei. Dazu setzt sie eigene Projekte um, geht Allianzen mit Partner:innen ein und fördert Initiativen Dritter. Seit ihrer Gründung 1964 hat die Robert Bosch Stiftung rund 1,9 Milliarden Euro für ihre gemeinnützige Arbeit ausgegeben.

www.bosch-stiftung.de

www.bosch-stiftung.de

